



## **Waffenrecht**

Die LIBERALEN DEMOKRATEN fordern eine radikale Änderung des Waffenrechts.

- Waffen dürfen öffentlich außer von autorisierten staatlichen Bediensteten nicht einsatzbereit mitgeführt werden
- Transportiert werden dürfen nur entladene Waffen. Diese und die Munition müssen getrennt von einander jeweils in sicheren und verschlossenen Behältnissen untergebracht werden
- Im privaten Bereich dürfen nur am Körper getragene Waffen einsatzbereit sein
- Die Aufbewahrung von Waffen und Munition darf nur getrennt und muss in sicheren und verschlossenen Behältnissen erfolgen

## **Datenschutz**

Die LIBERALEN DEMOKRATEN

unterstützen die Forderung der Datenschutzbeauftragten von Bund und Ländern nach vollkommener Unabhängigkeit ohne Unterscheidung von privatem und öffentlichen Datenschutz.

Die Rechte der Bürger an ihren Daten müssen gestärkt werden, gerade im Hinblick auf Globalisierung und neue Medien. Dazu muss es eine Verpflichtung geben, dass jeder Datenhalter regelmäßig die Betroffenen unaufgefordert über die über ihn gespeicherten Daten, ihre Weitergabe und Verwendung unterrichtet.

## **Kernenergie**

Die LIBERALEN DEMOKRATEN fordern,

den Atomausstieg zu beschleunigen, weil die KKW eine technische Fehlentwicklung und die Subventionen daher nicht gerechtfertigt waren.

Der beste Weg wäre, die Abschaltung von KKW zu einem betriebswirtschaftlichen Vorteil für die Betreiber zu machen.

Dazu müssen alle Subventionen und indirekten Kosten des Staates für Entwicklung, Bau, Betrieb, Entsorgung und Endlagerung für KKW von den Betreibern in den nächsten 15 Jahren in 15 Raten zurückgezahlt werden, höchstens aber bis zum Zeitpunkt der Abschaltung. Die zurückgezahlten Mittel sollen der Förderung alternativer Energiegewinnung zur Verfügung gestellt werden.

Einfuhr von Atomstrom aus dem Ausland ist zu unterbinden.

## **EURO**

### Die LIBERALEN DEMOKRATEN

- stellen fest, dass die Einführung des Euro ein Gewinn für Europa ist
- sprechen sich gegen die Rückkehr zu nationalen Währungen aus
- stehen zum Euro, der Euro-Zone und dem Stabilitätsabkommen
- begrüßen die Ermöglichung von Hilfsmaßnahmen bei Zahlungsschwierigkeiten einzelner Mitgliedsländer
- fordern Maßnahmen gegen Spekulanten und unseriöse Finanztransaktionen